

FTSE/MIB
22.119,2 +2,33% ↑ATX
2967,94 +1,8% ↑FTSE 100
7208,81 +2,68% ↑Nasdaq 100
11.978,73 +2,40% ↑DAX
13.118,13 +1,59% ↑EURO-STOXX
3533,17 +2,82% ↑Dow Jones
31.312,75 +2,07% ↑Nikkei 225
26.491,97 +1,23% ↑

Kurse von 18 Uhr



Arbeit: Coronakrise hat vor allem Frauen getroffen

BOZEN. Die Coronakrise hat auch auf dem heimischen Arbeitsmarkt ihre Spuren hinterlassen, vor allem Frauen haben die Auswirkungen zu spüren bekommen. Das belegt die jüngste Erhebung des Landesstatistikamtes Astat. So ging 2021 die Zahl der Erwerbstätigen im Schnitt um 2600 auf 249.700 Personen zurück – vor allem bei den Frauen war ein Minus zu verzeichnen (um 1900 Erwerbstätige im Vergleich zu 2020). Die Erwerbstätigenquote, also der Anteil der Erwerbstätigen an den 15- 64-Jährigen, fiel 2021 um 1,4 Prozentpunkte auf 70,7 Prozent. Die Arbeitslosenquote blieb insgesamt 2021 relativ stabil bei 3,8 Prozent. Allerdings sind laut dem Astat auch in diesem Punkt mehr Frauen als Männer betroffen. Fazit: „Der Vergleich mit der Zeit vor der Pandemie (2019) zeigt, dass die Frauen am stärksten betroffen sind: minus 7600 Erwerbstätige, plus 1400 Arbeitslose. Bei den Männern ist ein Verlust von 2200 Erwerbstätigen und ein Anstieg um 800 Arbeitslose zu verzeichnen“, so das Astat.

Für Kroatien ist der Euro in Reichweite



BRÜSSEL (dpa). Kroatien hat von den Staats- und Regierungschefs der anderen EU-Staaten grünes Licht für die Einführung der Gemeinschaftswährung Euro erhalten. Laut dem Vorschlag der EU-Kommission soll die Euro-Einführung zum 1. Jänner 2023 stattfinden. Kroatiens Ministerpräsident Andrej Plenković nannte die Entscheidung ein „exzellentes Signal für die kroatische Wirtschaft“.

Deutschland: Geschäftsklima trübt sich ein

MÜNCHEN (dpa). Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft hat sich im Juni aus Sorge über die Energieversorgung spürbar eingetrübt. Das Ifo-Geschäftsklima fiel im Monatsvergleich um 0,7 Punkte auf 92,3 Zähler, wie das Ifo-Institut gestern mitteilte. Analysten hatten zwar mit einer Eintrübung gerechnet, aber nur mit einer leichten auf 92,8 Punkte. „Steigende Energiepreise und die drohende Gasknappheit bereitet der deutschen Wirtschaft große Sorgen“, kommentierte Ifo-Chef Clemens Fuest.

Mehr Netto vom Brutto: „Nur eine Frage des politischen Willens“

EINKOMMEN: UVS-Präsident Heiner Oberrauch reagiert auf Steuerexperten – „Confindustria-Vorschlag ist sehr wohl finanzierbar“

BOZEN. „Mehr Netto vom Brutto für die Arbeitnehmer“: Dieser Forderung einiger Wirtschaftsverbände hat der Südtiroler Steuerexperte Peter Hilpold vor kurzem gegenüber den „Dolomiten“ keine großen Zukunftsaussichten eingeräumt. Angesichts der angespannten Haushaltslage Italiens sehe er keine Spielräume dafür. Nun kontert Heiner Oberrauch, Präsident des Unternehmerverbandes Südtirol (UVS): „Das ist nur eine Frage des politischen Willens.“

Oberrauch verweist auf den Vorschlag des gesamtstaatlichen Industriellenverbandes Confindustria: Er sieht eine Kürzung der Lohnnebenkosten vor, die allen, die bis zu 35.000 Euro brutto im Jahr verdienen, ein zusätzliches durchschnittliches Monatsgehalt garantieren würde. Konkret: 1223 Euro pro Mitarbeiter. Zur Finanzierung dieser Maßnahme sind laut Confindustria 16 Milliarden Euro nötig.

„Der größte Vorteil dieser Lösung: Wir sprechen hier von einer strukturellen Maßnahme, und nicht von Almosen, wie es einma-



Heiner Oberrauch: „Natürlich wird es Lohnerhöhungen geben müssen, aber der Staat muss auch tätig werden, um die Inflation einzudämmen.“

lige Auszahlungen wie der 200-Euro-Bonus sind“, betont UVS-Chef Oberrauch. „Wir reden hier von einer Erhöhung des Einkommens um 1223 Euro für immer.“

Auch hält Oberrauch diesen Vorschlag sehr wohl für finanzierbar, schließlich würden dem Staat allein für das Jahr 2022 durch die Inflation steuerliche Mehreinnahmen in Höhe von 38 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. „Und davon sollte schon

mindestens die Hälfte an die Familien zurückgegeben werden. Es kann doch nicht sein, dass der Staat immer mehr einnimmt und die Familien immer weniger haben“, unterstreicht der UVS-Präsident.

Die Wirtschaft wolle sich damit auch nicht aus der Pflicht nehmen: „Natürlich wird es Lohnerhöhungen geben müssen, aber der Staat muss auch tätig werden, um die Inflation einzudämmen.“

Schließlich müsse man vermeiden, dass es zu der gefährlichen Spirale von steigenden Löhnen und in der Folge weiter steigenden Preisen komme.

Auch verweist Oberrauch darauf, dass es um die Verhältnismäßigkeit der Ausgaben gehe: „Die öffentlichen Ausgaben des Staates belaufen sich auf rund 850 Milliarden Euro. 16 Milliarden machen damit weniger als 2 Prozent der gesamten Staatsausga-

ben aus.“ Mit einer effizienten Spending Review, also einer umfassenden Überprüfung aller öffentlichen Ausgaben, so wie sie auch auf Landesebene die Wirtschaftsverbände und die Handelskammer vorgeschlagen haben, könnte man diese Mittel laut Oberrauch ohne weiteres freimachen.

Damit würde jedenfalls die Kaufkraft der Familien langfristig gestärkt und Italien im internationalen Kontext wettbewerbsfähiger, betont der UVS-Chef. Konkret könne man so den sogenannten Steuerkeil, also die Differenz zwischen Brutto- und Nettolohn, reduzieren. Aktuell liegt er in Italien laut OECD bei 46,5 Prozent und damit deutlich über dem Durchschnitt von 34,6 Prozent. „Rechnet man auch die Abgaben für INAIL-Beiträge und Abfertigung hinzu, die die OECD in ihrer Berechnung nicht berücksichtigt, so steigt der italienische Steuerkeil auf 49,8 Prozent und ist damit nach Belgien der höchste in Europa. Mit dem Vorschlag von Confindustria würde der Steuerkeil auf 42,9 Prozent sinken und sich somit dem europäischen Schnitt von 41,7 Prozent nähern“, betont Oberrauch.

INHALTE auf abo.dolomiten.it

Südtiroler Sektvereinigung mit neuer Führung

WEINWIRTSCHAFT: Gründungspräsident Josef Reiterer stellt sich nicht mehr der Wahl – Josef Romen ist der neue Mann an der Spitze

BOZEN. Er hat die Südtiroler Sektvereinigung ins Leben gerufen und war 32 Jahre lang ihr Präsident: Josef Reiterer. Nun hat sich der Sektponier dazu entschieden, etwas kürzer zu treten und nicht mehr für den Vorsitz zu kandidieren. Zu seinem Nachfolger wurde kürzlich Josef Romen von der Sektkellerei Kettmair aus Kaltern gewählt.

Wer an Südtiroler Sekt denkt, dem fällt schnell auch der Name Josef Reiterer ein: Er hat 1979 zusammen mit seiner Frau Marianne in Mölten Arunda, die höchstgelegene Sektellerei Europas, gegründet und war maßgeblich an der Ausarbeitung der DOC-Kriterien für den Südtiroler Sekt beteiligt. 1990 vereinte



Der scheidende Präsident Josef Reiterer (links) mit dem neuen Präsidenten Josef Romen (rechts).

er die damalige Handvoll passionierter Südtiroler Sekterzeuger in der Vereinigung der Südtiroler Sekterzeuger nach dem klassischen Verfahren. Von Beginn an, und damit über 32 Jahre, leitete Josef Reiterer die Geschichte der Vereinigung als Präsident.

Ihre Zukunft liegt nun in den Händen von Josef Romen. Der gelernte Önologe aus Kaltern leitet seit Mitte der 80er Jahre die Kellerei Kettmair, einem der bedeutendsten heimischen Hersteller. „Bewährtes fortführen, Neues anstoßen, aber vor allem gemeinsam mit den anderen Sektproduzenten nach dem klassischen Verfahren die edlen Südtiroler Perlen aus der Nische

in den Mittelpunkt rücken ist mein Anspruch für die nächsten 3 Jahre“, so der neue Präsident.

Zu seinen Stellvertretern wurden Stefan Kapfinger (Kellerei Meran) und Wolfgang Tratter (Kellerei St. Pauls) gewählt.

Die Sektvereinigung

Der Südtiroler Sektvereinigung gehören 10 Sekterzeuger an, die jährlich rund 400.000 Flaschen produzieren, Tendenz steigend. Südtiroler Sekt hat sich etabliert und ist eine wesentliche Säule der Südtiroler Weinwirtschaft, weshalb die Vereinigung auch im Konsortium Südtirol Wein angesiedelt ist.

© Alle Rechte vorbehalten

Digitalwirtschaft regulieren, aber wie viel?

VERANSTALTUNG: Hochkarätige Experten aus Italien, Deutschland und Österreich beim „3. Bozner Wirtschaftsrechtstag“

BOZEN. Der Regulierung digitaler Geschäftsmodelle war der „3. Bozner Wirtschaftsrechtstag“ gewidmet, der kürzlich in der Handelskammer stattgefunden hat. Organisiert wurde die Tagung vom Internationalen Forum für Wirtschaftsrecht (IntFoWiR) mit Präsident Christoph Perathoner an der Spitze.

Der Trend zur Digitalisierung bringt rasche Veränderungen in Gesellschaft und Wirtschaft mit sich. Digitale Geschäftsmodelle bergen neben außerordentlichen Chancen jedoch auch nicht vernachlässigbare Risiken, wie es bei der hochkarätig besetzten Veranstaltung hieß. In diesem

Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichem Nutzen und gesellschaftlicher Verantwortung besteht ein zunehmendes Bedürfnis nach gesetzgeberischer Regulierung der Digitalwirtschaft, die aber Innovation und Fortschritt nicht unterbinden sollte. Dabei ist neben dem öffentlichen Recht auch das Privatrecht und sogar das Strafrecht angesprochen. Diesem Themenkreis widmeten sich am „3. Bozner Wirtschaftsrechtstag“ ausgewiesene Experten aus Bozen (Stefania Baroncelli, Carlo Busato, Christoph Perathoner), Innsbruck (Michael Ganner, Malte Kramme, Thomas Müller, Andreas Schwartze), Linz



Bei der Tagung: Simon Laimer, Direktor des Internationalen Forums für Wirtschaftsrecht (links) und Präsident Christoph Perathoner (rechts) mit Peter Kindler, Rechtsexperte aus München (Mitte).

(Johannes W. Flume, Claudia Fuchs, Simon Laimer), München (Peter Kindler), Padua (Matteo de Poli, Carola Pagliarin) sowie Schaffhausen in der Schweiz (Nicolas Raschauer).

Passend zum internationalen und mehrsprachigen Charakter der wissenschaftlichen Tagung betonte Handelskammerpräsident Michl Ebner die „Brückenfunktion“ Südtirols und der Handelskammer zwischen den Wirtschaftsräumen.

Die Ergebnisse der erfolgreichen Veranstaltung werden im renommierten deutschen Springer-Verlag publiziert werden, wie es hieß.

© Alle Rechte vorbehalten